

Verantwortl. Redakteur: H. D. Köhler in Stettin.  
Verleger und Drucker: H. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3-4.

Bezugspreis:  
in Stettin monatlich 50 Pf., mit Votenlohn 70 Pf.,  
in Deutschland vierteljährlich 1 Mk. 50 Pf., mit Votenlohn 2 Mk.

Anzeigen: die Kleinzeile ober deren Raum im Morgenblatt  
15 Pf., im Abendblatt und Neuen 30 Pf.

## Die Vorgänge in Frankreich.

Obgleich den Straßenvorgängen, die am Sonntag in Paris stattfanden, keine ernste Bedeutung beigemessen werden darf, ist es doch bezeichnend, daß die Behörden, anstatt gegen Drouole und die Leute der Patriotenliga einzuschreiten, Männer wie Pressensé verhaften zu müssen glaubten, die zu Gunsten derselben Revision des Dreyfus-Prozesses sich ausgesprochen wollten, die von dem Kabinett Brisson beschloffen worden ist. Auch konnte die Regierung sich gar nicht im Zweifel über die Ansichten Drouoles befinden, da er in einem Maueranschlage deutlich genug angekündigt hatte, daß er vor Aufhebungen nicht zurücktreten würde. Allerdings ist die Freilassung Pressensés, des mutigen Vorkämpfers für Recht und Gerechtigkeit sehr bald erfolgt; das Verhalten der Behörden erscheint aber durchaus unklar. Der telegraphisch signalisierte Maueranschlag Drouoles hatte folgenden Wortlaut: „Patrioten! Die Veleidigten unserer Soldaten und die kosmopolitischen Anarchisten organisieren für Sonntag, den 2. Oktober, 1 Uhr Nachmittags, eine öffentliche Versammlung in der Salle Wagram. Sie wagen, das Pariser Volk dazu einzuladen und es aufzufordern, daß es mit ihnen den Verräther (?) Dreyfus und seinen Freund Picquart hoch leben lasse. Ich will selbst mit anheben, wie das immer so leidenschaftlich französische, so glühend-patriotische Pariser Volk am Sonntag diesem schändlichen Aufreißer entspricht. Auch ich will dem Getreue der Vaterlandslösen unseren dreifachen Sammelruf entgegenhalten: „Es lebe Frankreich! Es lebe die Armee! Es lebe die Republik!“ Aus diesem Grunde wird unsere patriotische Versammlung ein anderes Mal stattfinden. Morgen muß ich in der Salle Wagram sein. Man wird mich dort finden. Paul Drouole.“

Darauf antwortete Lucien P. Mennier sogleich im „Mappel“, der beleidigende Ton Drouoles lasse vermuthen, er werde sich in der Absicht befinden, Aufhebungen zu veranlassen. Die Verantwortung für solche Missethaten auf den Präsidenten der Patriotenliga allein fallen, da die Manifestanten entschlossen seien, nur im Falle der Nothwehr ebenfalls zur Gewalt ihre Zuflucht zu nehmen. Die Wiastrufe auf Frankreich, die Republik und das Meer seien auch die übrigen, aber sie fügen noch ein Hoch auf die Freiheit hinzu.

In der letzten Sitzung der Akademie der Inschriften und schönen Wissenschaften wurde Professor Paul Meyer, wie der „Cri de Paris“ erzählt, von seinen Kollegen umringt und wegen seiner tapferen Haltung in der Dreyfus-Votage Angelegenheit von Gaston Paris, Direktor des College de France, im Namen aller beglückwünscht. Unter den Anwesenden werden genannt: Leopold Delisle, Joseph Verstrand, Maspero, Schlumberger, Longnon, Clermont-Ganneau, Philipp Berger, Eugene Müns, Louis Savel, Marime, Collignon, Salomon Reinach.

Der Generalprokurator des Kassationshofes Manau wird seinen Antrag in der Frage der Revision des Dreyfus-Prozesses schriftlich formuliert dem Vorsitzenden der Kriminalkammer Loew spätestens am Mittwoch zustellen. Der Rath, welcher mit der Berichterstattung beauftragt werden soll, wird wahrscheinlich am Sonnabend ernannt werden.

Für den heutigen Ministerrath ist ein Konflikt zwischen Brisson und Garrien wegen Verlegung von Richterposten und Ausübung der Verfolgungen wegen Veleidigung von Militärschefs wahrscheinlich.

Die Paty de Clam ist spurlos verschwunden; man sieht diese „Auslandsreise“ der Paty's vielfach als Flucht an. Nach einer Meldung aus Rom stieg die Paty de Clam am Donnerstag in einem Hotel in Rom unter dem Namen eines Grafen Marcolis de Veel ab und hatte mit mehreren Freunden und einem französischen Journalisten Unterredungen. Am Sonnabend reiste die Paty de Clam ab, angeblich nach Neapel, in Wirklichkeit jedoch benutzte er den nach Ober-Italien führenden Zug.

Gegen Eberhard ist wegen Betrug und Falschung ein Steckbrief erlassen.

Den „Droits de l'Homme“ zufolge sei die Anlage gegen Picquart wegen des petit bleu bereits fallen gelassen, da Picquart im ersten Verhör dessen Schtheit klar nachweisen konnte. Dagegen werde jetzt schätzungsweise der Vorwurf des Verraths und Komplots gegen die Sicherheit des Staates gegen Picquart erhoben. Die Militärbehörde unterstütze diese Anschuldigung durch eine Reihe von Dokumenten, welche Genry zu diesem Zwecke fabrizirt habe.

## Björnson zur Dreyfussache.

Wir haben schon mitgetheilt, daß morgen von Björnson ein offener Brief an den Reichskanzler und an das deutsche Volk in Sachen des Dreyfus-Prozesses erscheinen soll. Der Münchener Korrespondent des „N. Zorn.“ ist in der Lage, bereits einen Auszug der charakteristischsten Stellen dieses Artikels mitzutheilen. Dieselben lauten:

„Wie weit gilt die Wahrheit?“ ruft Björnson Allen zu. Wie weit geht unsere Schuldigkeit, sie zu hören? Bis zur Landesgrenze.

Ja, und wenn das nun so auf dem Papier steht, fühlen Alle, wie widersinnig und töbisch es ist. Gleichviel, das ist die politische Moral hinter der privaten Zurückhaltung. In manchen Stücken hält sie noch an jenem alten Begriff fest, daß das Volk jenseits der Grenze „der Feind“ ist, dem gegenüber die Gebote der Moral plötzlich umschlagen und die entgegengesetzte Sprache reden. Das französische Volk hält fast einstimmig daran fest, daß keine Zeugnisaussage in der Dreyfussache gilt, wenn sie von jenseits der Grenze kommt. Und das nennen sie: Herren in ihrem eigenen Hause sein.

Die Schuld, die dem Dreyfus zur Last gelegt wird, ist der Art, daß Einer allein sie nicht begangen haben kann; es müssen Zwei dabei vertheilt gewesen sein. Daher ist mitten im Laufe der Tragödie das Komische passiert, daß Alle, mit denen zusammen er gefangenbittet haben soll, sich der Reihe nach aufstellen und sich selbst beschuldigen, ohne daß die Franzosen auch nur einen Augenblick zucken. Sie haben eine Anzahl

Dokumente gesammelt, und da diese Dokumente auf französischem Grund und Boden liegen, haben sie als Zeugniß genügt. Aber die lebenden Menschen, welche diese Dokumente betreffen, befinden sich auf fremdem Boden und haben folglich kein Zeugerecht. Daß das nicht in Ordnung ist, sehen alle Deutschen ein; aber wenn die Pflichten der Wahrheit an sie herantreten, handeln sie ebenso wie die Franzosen. Sie haben keine Pflicht, als Zeugen aufzutreten, denn sie leben jenseits der Grenze. Ein — übrigens sehr bezeichnender — Unterschied ist der: in Frankreich ist es die erhobte Volkspassivität, die der Regierung verbietet, die Aufklärung anderswo zu suchen, in Deutschland dagegen die Regierung, die aus eigener Initiative nach ihrer wohlüberlegten Staatsmoral handelt. Das deutsche Volk im Großen und Ganzen ist viel weiser gekommen. Das deutsche Volk wünscht, daß hier gesprochen werden soll.

Aber das deutsche Volk ist nun einmal so vom Staatsgefühl durchdrungen, daß es sich von der Regierung jene minderwertige Moralauffassung aufzoteln läßt. Weber im Reichstag noch in der Presse strengt irgend Jemand sich an, eine bessere geltend zu machen. Man tröstet sich damit, daß ja doch etwas gethan worden ist. Wilow hat gesagt: Dreyfus sei unschuldig, jenseit Deutschland in Frage kommt, aber gleichzeitig sagt er, daß er Esterhazy's und Picquart's Namen vor zwei Monaten zum ersten Mal gehört habe.

Die Erklärung leidet an zwei Fehlern. Sie kommt viel zu spät, um als bloße Erklärung wirken zu können. Zu diesem Zeitpunkt mußten Dreyfus vorgelegt werden. Alles Andere konnte nicht nützen; so aber machte der letzte Theil der Erklärung den ersten zu nichts. Man kann also ebenso gut sagen, daß überhaupt nicht gesprochen wurde. Hinter jener Erklärung kamlich Niemand verbergen, der in Folge seiner Stellung die Pflicht gehabt hätte, ein höheres Verantwortungsgefühl herbeizurufen. Wenn die Zeit gekommen ist, wird es nicht mehr so leicht möglich sein wie früher, daß die Politik das Gefühl für Gerechtigkeit unterdrückt. Massenhaß, Glaubenshaß und Mißgunst werden es nicht länger wagen dürfen, die Fahne des Patriotismus zu tragen.

Ich konnte es nicht ertragen, das mitanzusehen. Auf der einen Seite der Landesgrenze ein Volk, das nach Wahrheit hungert, auf der anderen Seite der Grenze ein Volk, das Ueberfluß daran hatte, jenen Anderen aber nicht zu Hilfe kam; deshalb sprach und spreche ich: Im Winter höre ich in Rom von einer hohen, unantastbaren Persönlichkeit, die über jeden Zweifel erhaben ist, daß der Fürst Hohenzollern der Erde gewesen sei, der Vielen gegenüber herausgetreten sei, ich höre es auch von Anderen, die es wußten und daselbe sagten, dann wieder eine noch höher stehende Persönlichkeit. Ich sah auch, daß er es wiederholt und das Fürst Hohenzollerns Dreyfus mit großer Bitterkeit gesagt hat. Und daß es einen Eindruck auf mich machte, kann man daraus entnehmen, daß ich diese wichtige Aussage des Fürsten Reichstagsler sofort an die Öffentlichkeit brachte, sobald ich positive Gewißheit der Wahrheit über dieselben erlangt hatte. Das ging so zu:

Wir waren auf dem Lande gewesen und nach München zurückgekehrt, als Professor Franz von Lenbach eine gemeinsame Freundin zu uns schickte, um zu sagen, daß er an einem der nächsten Tage selbst kommen werde. Er wollte mir erzählen, was zuerst Hohenzollern über Dreyfus zu ihm gesagt hatte, daß dieser unschuldig sei! Das war merkwürdig und mußte bekannt gemacht werden. Aber Lenbach wurde krank und so ging ich dann zu ihm. Er war der Tag lebend und melancholisch. Und aus dieser Stimmung heraus erzählte er mir dasjenige, was ich dann mittheilte. So wurde mir der Name des Schuldigen ausdrücklich genannt — ich ließ denselben fort. Was so großen Eindruck auf Lenbach gemacht hatte, war die Offenheit, mit der der Fürst gesprochen und ausdrücklich gesagt: „Dreyfus ist unschuldig, das wissen wir am besten!“ Lenbach hatte gedacht, er wird wohl eine ausweichende Antwort geben. Aber nein, er sprach, als ob alle Welt wissen dürfte. Es war also kein Geheimniß und soll es nicht sein. Die Bemerkung über den Nazarener, die ich irrtümlich dem Fürsten zuschrieb, paßte so gut zu der Stimmung, in der Lenbach sich befand.

Es gehörte eine Gemüthsverfassung, eine Stimmungsfülle wie die Lenbachs dazu, um so etwas zu sagen. Man hat entgegnet, es könne das gute Einvernehmen zwischen der deutschen und französischen Regierung gestört werden; als ob die französische Regierung nicht längst wüßte, wie in deutschen Regierungskreisen über die Sache gesprochen wird. Aber, daß ich überhaupt in dieser für uns so wichtigen Sache an das deutsche Gerechtigkeitsgefühl appellirte, das zeigt doch wohl, daß ich an daselbe glaube. Endlich — wie könnte ich so viel in Deutschland leben, wenn ich nichts von dem deutschen Volke wüßte? So sagt man zu mir: „Ja, warum meinst Du Dich als Ausländer in deutsche Angelegenheiten?“ Weil ich eben von dem deutschen Gerechtigkeitsgefühl Alles glaube, und weiß, daß es zum Siege, zum Durchbruch kommen muß und wird, unbekümmert um die jenseitige Grenze.

Wie weit gilt die Wahrheit? Für mich bis über die Welt hinaus und bis an die Grenze meines Lebens.

Somit der Artikel! Wir glauben nicht, daß derselbe dazu beitragen wird, die Dreyfus-Sache klarer zu stellen. Eines nur beweist derselbe, nämlich, daß Björnson alt wird und daß seine Ausführungen fast an das kindische grenzen.

## Aus dem Reiche.

Der Kaiser hat das Anerbieten des Landraths a. D. und Nittergutsbesizers Wirtner, er möge die ihm testamentarisch vermachte Herrschaft Gaden (etwa 7000 Morgen) schon bei Beizeiten Wirtners in Besitz nehmen, angenommen. — Der Kaiser und die Kaiserin haben gestern früh Nominten verlassen und sich über Marienburg und Danzig nach Potsdam begeben, wo die Ankunft heute früh 8 Uhr erfolgte. — Der Vizeadmiral z. D. Wih. Adolf Berger ist nach dem „N. N.“ am 1. Oktober, an welchem Tage er sein fünfzigjähriges Dienstjubiläum be-

gehen konnte, in Göttingen nach kurzem Leiden am Herzschlag gestorben. — In Magdeburg hat der Stadtverordnete Sombart aus Anlaß seiner silbernen Hochzeit dem Magistrat den Betrag von 10 000 Mark überwiesen. Davon sollen nach den Bestimmungen des Gesehtgebers 5000 Mk. als Katharina Sombart-Stiftung zum Besten der Kinder-Bewahranstalt in der Friedrichstadt verwaltet werden. Die weiteren 5000 Mark sind der von dem Genannten im vorigen Jahre begründeten Kaiser Wilhelm-Bremsen-Stiftung hinzuzufügen. — Die in Leipzig tagende Konferenz deutscher Schugvereine für Handel und Gewerbe in Leipzig hat auf Antrag des Rechtsanwalts Lehmann-Dresden beschloffen: Die Gründung eines Bundes für Handel und Gewerbe ist notwendig. Der Bundeszweck dieses Bundes wird eine Kommission von zehn Mitgliedern gewählt, der die vorbereitenden Arbeiten übertragen werden sollen. — Daß der Staat die Bernsteine in Palminiden der Firma Stantien u. Beder für 10 1/2 Mill. Mark abgekauft habe, ist früher schon berichtet worden. Wie jetzt die „Danz. Blz.“ meldet, soll das Bernsteinbergwerk in Palminiden mit sämtlichen Ländereien und Nebenerwerbungen am 1. Juli 1899 zu diesem Preise auf den Staat übergehen. — Auf den Aufruf zur Leistung von Beiträgen für die Errichtung eines Bismarck-Denkmales in Hamburg sind bis jetzt schon 430 588 Mark eingegangen. — Der meiningische Staatsminister v. Heim feiert am 8. Oktober sein 25jähriges Ministerjubiläum, aus welchem Anlaß im Lande mehrfach Festlichkeiten veranstaltet werden. — Beim diesjährigen Hingstschießen der Gnefener Schützengilde hatte der Büchsenmacher Natulski den besten Schuß für den Kaiser abgegeben. Der Kaiser wurde auf dem Drahtwege gebeten, die Schützengilde zu ehren. Erst jetzt ist aus Berlin ein Bescheid erfolgt, aber ein ablehnender. — Bei dem Gemeindefest in München ist der Antrag eingebracht worden, das Kollegium solle an den Magistrat das Ansuchen richten, derselbe wolle beim Staatsministerium die Aufhebung der für die gesamte Bevölkerung so schädlichen Abperrung der Grenze gegen die Schlachvieheinfuhr zu erwirken suchen. — Die Doktorpromotion soll den Medizinern auch in Baiern, wie es schon in Preußen eingeführt ist, erst nach dem Staatsexamen gestattet werden. Um gewisse Härten zu vermeiden, wird die Verfügung in Baiern in diesem Winterhalbjahr jedoch noch nicht in Kraft treten.

## Deutschland.

Berlin, 4. Oktober. Die „Nat.-Lib. Storr.“ schreibt: Der Parteirath des national-liberalen Vereins in Berlin hat das ihm von konfervativer Seite angebotene Kartell für die Landtagswahlen in sämtlichen Wahlkreisen Berlins einstimmig abgelehnt.

Die Gedenktafel an Kaiser Friedrich III., die der Verband deutscher Kriegsveteranen an der Villa in San Remo anbringen läßt, erhielt am Sonntag im Neuen königlichen Opernhause in Gegenwart zahlreicher Festtheilnehmer die Weihe. Der Kaiser ließ sich durch Vize-Ober-Regimentsmeister Graf Kranz, die Kaiserin Friedrich durch Kammerherr v. Wedel vertreten. Die Feier wurde von dem 2. Vorsitzenden, Fabrikbesitzer Hammann mit einem Kaiserhoch eröffnet, die Begrüßung der Kriegsveteranen durch Premierlieutenant Gohlman-Magdeburg übernommen. Nach dem von der Kapelle des Garde-Fuß-Artillerie-Regiments gespielten Choral „Nun danket alle Gott“ verlas der Vorsitzende der Berliner Veteranen Dr. Wendt die Urkunde zur Gedenktafel, von der ein Exemplar, auf Pergament geschrieben, dem Archiv von San Remo überwiesen werden soll. Nach dem Lied „Wir treten zum Beten vor Gott den Gerechten“, gefungen vom Berliner Sängerkreisverein, nahm der Vorsitzende des Verbandes Stadtrath Arndt-Galle das Wort zu einer Ansprache, in der er betonte, wie die Gedenktafel, obgleich aus kalter Bronze gegossen, doch kein todes Denkmal sei, da es ja aus der Liebe von 6000 alten Kriegsveteranen zu ihren geliebten künftigen Feldherren entstanden sei. Er erinnerte die Versammelten, daß der Verband das Vermächtniß des Kaisers Friedrich angetreten habe, welcher es sich zur Aufgabe gestellt, den Veteranen zu helfen wann und soweit er konnte. Die Tafel ist zwei Meter lang und aus Gießgussbronze, die der Kaiser überwiesen, von Gladenberg nach dem von Architekt Bauer gefertigten Modell gegossen. Die Mitte nimmt das von einer Skulptur überlagte und von einem Eisenkranz umschlossene wohlgehaltene Relief-Medaillon-Bild des unvergessenen Kaisers ein, zu beiden Seiten steht die von Wiltenbruch gedichtete Inschrift:

„Wanderer, der du kommst aus Deutschland, hemme den Schritt!

Das ist die Stelle, wo dein Kaiser Friedrich lebte und litt.

Hörst du, wie Welle auf Welle dröhnend zum Ufer drängt?

Das ist die sehnsüchtige Seele Deutschlands, die sein gedenkt.“

Darunter steht die Widmung. Nach dem Weibacht begaben sich die Veteranen in geschlossenem Zuge und mit ihren Fahnen nach der Siegeshalle, woselbst Kränze vom Hauptverband-Leipzig, Zweigverband-Berlin und vom Verband Berlin-Nord-West gewidmet niedergelegt wurden. Zu der am 18. Oktober in San Remo stattfindenden Entlassungsfeier begeben sich 145 Veteranen dorthin, eine große Zahl Kaiser Friedrich-Verehrer wird sich ihnen anschließen.

Zum russischen Abrüstungsvorschlag ist vielleicht die Thatsache erwähnenswert, daß das russische Marineministerium soeben wieder eine großartige Bestellung und zwar diesmal in Höhe gemacht hat. Es soll daselbst ein ganzes Geschwader gebaut, es soll auch in der französischen Hafenstadt vollständig fertiggestellt und armirt werden, so daß es vollkommen gefechtsbereit nach Kronstadt kommen wird. Das Geschwader soll bestehen aus 1 Panzerkreuzer, 1 Panzerdampfer und 3 Torpedokreuzern. Das Panzerkreuzer soll eine Länge von 118,5 m, eine Breite von 23 m, einen Tiefgang von 7,93 m, Displacement von 13 100 Tonnen, Maschinen von 16 300 indizierten Pferdekraften und eine Schnelligkeit von 18 Knoten haben; auch die Armirung dieses gewaltigen Panzerkreuzers wird selbstverständlich eine ganz außerordentlich starke sein. Der Panzerkreuzer erhält eine Länge von

135 m, eine Breite von 17,4 m, Tiefgang achtm 6,7 m, Displacement 7800 Tonnen, Maschinenkraft 16 500 indizierte Pferdekraften, Schnelligkeit 21 Knoten. Die Torpedokreuzer sollen haben: Länge: 56,6 m, Breite: 6,3 m, Tiefgang: 1,97 m, Displacement 320 Tonnen, Maschinen von 5700 Pferdekraften, Schnelligkeit 27 Knoten. Auf den russischen Werften herrscht eine fabelhafte Thätigkeit; die Werft in Grayton und Also wird sofort nach der in kurzer Zeit erfolgenden Fertigstellung der Torpedoboote „Storzhorn“ und „Jastreb“ den Bau zweier Torpedokreuzer von 400 Tonnen, des Typ „Abrel“, in Angriff nehmen. Die Sischor-Werft, auf welcher der Bau der Torpedoboote „Myrot“, „Veret“, „Kretshet“ und „Konob“ nahezu beendet ist, hat den Auftrag erhalten, drei weitere Torpedoboote desselben Typs in Bau zu nehmen. — Vielleicht ist dies das Vorspiel zum russischen Abrüstungsvorschlag.

Die Süßkaffee für deutsche Rechtsanwalte hat laut dem in der Generalversammlung vom 26. September 1898 erstatteten Geschäftsbericht, der in der neuesten Nummer der „Jurist. Wochenchr.“ veröffentlicht wird, bei einer Mitgliederzahl von 4147 (gegen 4163 im vorigen Jahr) ein Grundkapital von 630 513 Mk. 38 Pf., d. i. über 37 000 Mk. mehr als bei dem vorjährigen Geschäftsjahres. Die Anwaltskammern haben der stante Beihilfe im Gesamtbetrag von 23 000 Mk. gewährt. Außerdem hat die Anwaltskaffe im Bezirk des Kammergerichts 3000 Mk. zu Unterstüzungswecken bewilligt. An Unterstüzung sind im Geschäftsjahr 1897/98 9000 Mk. an noch amtierende Rechtsanwalte und 69 200 Mk. an frühere Rechtsanwalte oder Hinterlassene von Rechtsanwaltskassen gezahlt worden. Die meisten Unterstüzungsfälle waren aus den Bezirken Dresden, Breslau, Posen und Celle anhängig. Während auf Dresden seit Gründung der Kaffe im Jahre 1885 50 Unterstüzungsfälle kamen, weist Berlin erst 39, davon im letzten Jahre 5 auf. Der Summe nach sind allerdings diese fünf Unterstüzungen die bedeutendsten, die im abgelaufenen Geschäftsjahr geleistet wurden. Sie erreichten 7510 Mark. Alsamt folgt Breslau mit 7420, Dresden mit 6800, Posen mit 6550, Celle mit 6180, Königsberg mit 5760 Mark. Der Oberlandesgerichtsbezirk Oldenburg und die Anwaltskammer beim Reichsgericht haben keine Unterstüzungsfälle gehabt. Der Vorstand der Kaffe sagt in seinem Bericht:

„Eingeliege Fälle von Austrittserklärungen gaben zu recht betrübenden Betrachtungen Anlaß. In einem Falle ist ein sehr vermöglicher Kollege ausgeschieden und der Vorstellung des Vertrauensmannes ungeachtet bei seiner Austrittserklärung verblieben. In einem anderen Falle hat ein Kollege bei seiner Austrittserklärung tadelnd darauf hingewiesen, daß ein armer, vom Schlage getroffener Kollege, der nicht Mitglied der Kaffe war, unterstützt wurde. Mögen diese Fälle, welche einen gänzlichen Mangel von Standesbewußtsein bezeugen, sich nicht wiederholen und mögen diejenigen, welche eine solche Gesinnung zu Tage treten lassen, nicht von dem Wechsel des Geschickes, dem alle Menschen unterworfen sind, heimgejucht werden!“

## Oesterreich-Ungarn.

Wien, 3. Oktober. Im Abgeordnetenhaus wurde der zweite Theil des Antrages Schwegel, der dahin lautet, das Haus möge sofort in die erste Lesung der Ausgleichsvorlagen eintreten, mit 203 gegen 33 Stimmen angenommen. Dagegen stimmten die deutsche Volkspartei, die Sozialdemokraten und die Schönerianer. Zur ersten Lesung der Ausgleichsvorlagen sind 55 Redner dagegen gemeldet, Niemand dafür. Bei der ersten Lesung der Vorlagen betreffend den Ausgleich mit Ungarn führt der Sozialdemokrat Verbauf aus, der Ausgleich müsse im Hause verhandelt werden, da es nicht richtig hingewonnen werden dürfe, daß dem Volke wieder 50 Millionen neuer Lasten auferlegt würden. Des Redners Partei sei eine entschiedene Anhängerin eines gemeinsamen Zollgebiets. Das Zoll- und Handelsbündniß diene vor Allem dem Militarismus, der den Arbeitern ungeheure Lasten auferlege. Der Abgeordnete erörtert sodann die Lasten des Militarismus sowie einzelne Bestimmungen der Vorlagen, die für Ungarn einen erheblichen Gewinn bedeuten, und führt statistische Daten zur Berechnung der Lasten an, die dem Volke aus der Verzehrgesetzsteuer erwachsen. Er schildert die traurige Lage der Arbeiter. Seine Partei werde an dem Grundfrage festhalten: Ein guter Ausgleich oder kein Ausgleich. Finanzminister Dr. Katzl wendet sich gegen die Behauptung, als ob es der Regierung sehr unangenehm wäre, wenn der Ausgleich parlamentarisch beraten würde, sowie dagegen, daß die Regierung immer nur die Absicht gehabt habe, den Ausgleich so schnell wie möglich auf Grund des § 14 durchzuführen. Als Grund werde immer das Kommuniqué der „Wiener Abendpost“ vom 30. August angegeben, worin die Regierung erklärte, sie wolle noch einmal an das hohe Haus appelliren, habe aber Vorfrage getroffen für den Fall, daß die parlamentarische Erledigung in Wäde nicht erwartbar sei, d. h. daß die Regierung provisorische Dispositionen bis zur endgültigen Erledigung des Ausgleichs in Aussicht genommen habe. Es sei ungerechtfertigt, daraus der Regierung einen Vorwurf zu machen. Pflicht der Regierung sei es, Vorfrage zu treffen, daß eine gewisse Beruhigung in allen jenen zahlreichen produzierenden Kreisen geschaffen werde, die in ihrer ganzen wirtschaftlichen Existenz davon abhängen, ob das Bündniß zu Ungarn aufrecht erhalten bleibt oder nicht. Der Minister weist ferner den Vorwurf der Privilegierung zurück, sowie jenen Vorwurf, daß die Regierung der diesseitigen Reichshälfte es an energischer Unterstüzung der Industrie fehlen lasse. Dieser Regierung den Vorwurf der Indolenz zu machen, sei ungerechtfertigt. Der Minister verweist auf die Förderung der Industrie durch die jüngst ins Werk gesetzte Anfornerung der Kapitalverbindungen und betont, die Regierung habe die Absicht, die Industrie und Landwirtschaft wirklich zu fördern. Gegenüber dem Abg. Verbauf hebt der Minister hervor, es werde gerade in letzter Zeit namentlich in den staatlichen Betrieben sehr viel für die Arbeiter gethan. Wenn aber den Arbeitern gegenüber etwas Gutes geschaffen werde, werde dies niemals anerkannt, sondern die Thatsachen würden einfach verschwiegen und zum Gegenstande unbekannter unqualifizierter Angriffe gemacht. (Lebhafter

Beifall rechts, Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Der Finanzminister bezeichnet die Neubelastung durch die indirekten Steuern als das punctum saliens, worum sich der ganze Widerstand gegen die jetzigen Ausgleichspunktionen drehe. „Wir sind“, sagt der Minister, „ein alterer Industriestaat mit einer alten hunderten Industrie, während Ungarn ein junges aufstrebendes Land ist. Wir sind mit dem Abg. unserer Industrieprodukte auf Ungarn und Ungarn ist mit dem Abg. der Upprodukte auf uns angewiesen.“ Bei Durchsicht der Ausgleichsvorlagen ersehe man, führe der Minister aus, daß Konzeptionen auch von ungarischer Seite gewährt wurden. Die Regierung halte an der Annahme fest, daß eine den Verhältnissen entsprechende Minderung der Quotenleistung Oesterreichs eine unabwiesbare Ergänzung der Ausgleichsvereinbarungen bilde, welchem Standpunkt der vielbesprochene Passus im Motivenbericht entspreche. Redner beleuchtet den Stand der Valutafrage und sagt: „Gegenwärtig blieben 112 Mill. Staatsnoten und 70 Millionen Hypothekendarlehen auszulösen. Durch den betreffenden Ausgleichsgesetzentwurf wird der gesamte Umlauf an Staatsnoten außer Zirkulation gebracht; dazu find 784 1/2 Millionen in Gold nothwendig, damit durch die Vermittelung der Bank die Prägung von Zinkfronkenstücken und die Ausgabe von Zehnfronken-Pfandnoten bewirkt werde. Auf diese Weise wird die österreichische Valuta zu einer rein metallischen, zur wirklichen normalen Valuta geregelt werden. Der Minister hebt hervor, die gefürchteten Folgen der Valutaregulierung seien nicht eingetreten. Aufgabe der Regierung sei es, die Valutareform im Sinne der Abmachungen von 1892 und 1894 fortzuführen. „Es wird sich nicht darum handeln, die Aufnahme der Baarzahlungen zu präzipitiren, sondern die Gestaltung der Verhältnisse abzuwarten.“ Der Minister drückt schließlich seine Freude darüber aus, daß das Haus bereit sei, in die kontrete Arbeit einzutreten, wobei sich der wahre Werth der Ausgleichspropagation zeigen werde. Der Ausgleich sei eine Frage der österreichisch-ungarischen Monarchie und der österreichisch-ungarischen Großmacht. Sollte die wirtschaftliche Einheit durch die Verweigerung des Ausgleichs gefährdet erscheinen, so würde dadurch auch die gemeinsame Vertretung nach außen und die gemeinsame Armee angegriffen werden. (Lebhafter Beifall und Geknallklatschen rechts, Laichen und Gerufe links.) Nachdem Abg. Ritter von Janorski (Vole) die Regierung der Unterstüzung der Mehrheit versichert hatte und der deutschfortschrittliche Abg. Lecher den Ministerpräsidenten persönlich schatz angegriffen und die Vorlage als unannehmbar bezeichnet hatte, wurde die Erörterung abgebrochen. Die nächste Sitzung findet morgen Nachmittag um 1 Uhr statt.

## Schweiz.

Birch, 3. Oktober. Ein Italiener, Giovanni Gile, wurde in Basel verhaftet und nach Genf eingeliefert, weil er der Missethat an dem Verbrecher Lucchietti verdächtig ist.

## Frankreich.

Paris, 3. Oktober. Die Friedenskommission hat heute Nachmittag von 2 bis 4 Uhr ihre zweite Sitzung abgehalten. Die Delegirten haben sich auf die Eröffnung der Generaldebatte über das Friedensprotokoll beschränkt. Die nächste Sitzung findet am Freitag statt, morgen werden die Kommissare dem Präsidenten Faure vorgestellt werden.

## Rußland.

Yalta, 3. Oktober. Der Kaiser ist heute Mittag nach Danemark abgereist, um an den Trauerfeierlichkeiten für die Königin Louise theilzunehmen. Die Kaiserin Alexandra begleitete mit der Prinzessin Heinrich von Preußen den Kaiser bis Sebastopol.

## Stettiner Nachrichten.

Stettin, 4. Oktober. Wie wir von zuverlässiger Seite erfahren, werden die General- und Zentralversammlung der Landwirthschaftskammer für Pommern am nächsten Sonntag im Hotel „Zur Krone“ in Stettin abgehalten. Die Versammlung wird von dem Vorsitzenden der Kammer, Herrn Senatorpräsident Meyer und Ober-Landesgerichtsrath Scholter und von der Universität Greifswald die Professoren Stampe und Medem als Examinatoren fungiren. Von den 4 Reichstagskandidaten, die sich der Prüfung unterziehen, bestanden 2, und zwar Eudorhard aus Greifswald und Thiem aus Stargard.

Sebrachsmüller sind angemeldet: für P a u l O b e r l ä n d e r in Stettin-Grünhof als eine als Völkspol dienende Zigarren- oder Zigarettenfabrik mit vorberem Entwurf und der Größe einer Zigarre oder Zigarette entsprechendem Dohrbaum, und F r i e d r. D a h m s in Stolberg auf einen selbstständigen Schutzapparat gegen Abwurf von Windeln, Aufsätzen, Fahrstühlen, Kellereingängen u. s. w.

Während des abgelaufenen Quartals Juli-September wurden seitens der städtischen Bauverwaltung hieselbst 33 Bauanträge zum Neubau von Wohnhäusern erteilt. Davon entfallen 4 auf die Preußischheide, je 2 auf die Barnim-, Deutsche-, Friedrichs- und Hofstraßen, je einer auf das Volkowitz, die Arndts-, Breite-, Gieseberts-, Falkenwalder-, Friedrichstraße, Galtwieke, Dilligewitz, Heinrichs-, Hohenzollern-, Junker-, Kaiser-Wilhelm-, König-Albert-, Redewer-, Kronenhofstraße, Oberwieke, Pöhlstraße, Unterwieke, Siedewitz, Schulzenstraße und Schiffbau-Lahöhe.

Heute Mittag wurde die Feuerwehr nach der Auguste-Viktoria-Schule in der Giesebertsstraße gerufen. Es war in einer Wädhentube des Giebertswohnhauses ein kleiner Brand ausgebrochen, der sogleich erlosch und keine weitere Ausdehnung fand.



